



Die Wirtschaft im Kreis Esslingen ist stark von der Automobilindustrie abhängig und damit krisenanfällig.

Foto: Holzwarth

Landtagswahl 2011 – Wir fragen die Kandidaten im Wahlkreis Nürtingen (5): Die Wirtschaft im Ländle boomt wieder. Aber gerade der Kreis Esslingen ist stark von der Automobilindustrie abhängig und damit krisenanfällig, wie das Krisenjahr 2009 gezeigt hat. Ist diese Fixierung aufs Auto noch zeitgemäß oder wollen Sie sie ändern? Und wie?



Thaddäus Kunzmann (CDU)



Walter Bauer (SPD)



Hosam el Miniawy (FDP)



Winfried Kretschmann (Grüne)



Peter Rauscher (Die Linke)

Das Auto ist nicht tot. Es lebt! Der Fahrzeugbau ist nämlich ebenso wie der Werkzeug- und Maschinenbau ein Motor unseres Wohlstandes. Die Produktion ist zwar 2009 stark eingebrochen, erholt sich derzeit jedoch ebenso wieder. Die Arbeitslosenquote erreicht einen Tiefstand und ist die niedrigste in Deutschland.

Mir bereiten unsere mittelständischen Zulieferbetriebe insbesondere im Werkzeug- und Maschinenbau Sorgen. Dort ist die Krise noch längst nicht überwunden. Aus diesem Grund möchte ich gerade für die kleinen und mittelständischen Betriebe, die Handwerker und den Einzelhändler ein kompetenter Ansprechpartner sein. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dort werden die allermeisten Arbeits- und auch Ausbildungsplätze geschaffen.

Die Automobilindustrie hat sich neuen Herausforderungen zu stellen: Die Fahrzeuge müssen spritsparender und abgasärmer fahren. Hierzu sind die Forschungsanstrengungen zu verstärken. Hier setze ich auf die Zusammenarbeit unserer Hochschulen mit den Automobilunternehmen.

Wollen wir weiterhin an der Spitze in Deutschland rangieren, müssen wir uns neuen Wachstumsbranchen zuwenden: den Umwelttechnikern, der Gesundheits- und Pflegewirtschaft sowie der IT- und Kreativwirtschaft. Unsere Voraussetzungen hierzu sind sehr gut. Immerhin gibt es gerade in unserer Region und an der Hochschule Nürtingen entsprechende Studiengänge.

Mein Fazit lautet also: Die Automobilwirtschaft hat Zukunft. Wir müssen uns jedoch insgesamt breiter aufstellen, wenn wir wettbewerbsfähig bleiben wollen. Der Grundstein hierzu ist gelegt.

Die Menschen in unserem Land sind berühmt als Tüftler und Schaffer. Bei den Patentanmeldungen liegen wir vorne, bei den Existenzgründungen aber auf dem vorletzten Platz im Ländervergleich. Das liegt am unzulänglichen Förderangebot. Wir brauchen eine bessere Kooperation zwischen Hochschulen und Mittelstand. Mittelständische Unternehmen können sich keine eigenen Forschungseinrichtungen leisten. Die SPD will daher an den Hochschulen Forschungshäuser für den Mittelstand einrichten. Damit das, was an den Hochschulen ausgetüftelt wird, in der Praxis umgesetzt werden kann.

Unsere Industrie mit ihrem verarbeitenden Gewerbe wurde von der Wirtschaftskrise schwer getroffen. Hier arbeiten 32 Prozent der Bevölkerung. Um diese Betriebe in Zukunft besser zu schützen, will die SPD einen Beteiligungsfonds und eine Mittelstandsanleihe bei der Landesbank auflegen. Von diesen Geldern könnte der Mittelstand unter anderem Innovationen finanzieren, für die es von den Hausbanken keine Kredite gibt.

Versäumt hat die Landesregierung die Förderung alternativer Energien. Gerade hier entsteht eine Fülle neuer Arbeitsplätze. Wer auf Kernenergie setzt, der verhindert dies.

Stärker als bisher muss sich das Land um die Förderung alternativer Kraftstoffe und Antriebe kümmern. Spritschlucker sind nicht erst seit der Krise in Libyen Produkte von vorgestern. Hier in unserem Landkreis wird intensiv geforscht und entwickelt. Das will die SPD in Zukunft besser unterstützen.

Die Automobilindustrie hat unsere Region groß gemacht. Ihr haben wir unseren Wohlstand zu verdanken. Ja, es besteht eine Abhängigkeit. Aber der Kreis Esslingen ist nicht nur wegen der Automobilindustrie, sondern auch wegen seiner kleinen und mittelständischen Unternehmen im Maschinen-, Anlagen- und Werkzeugbau einer der innovativsten Wirtschaftsräume Europas. Gerade diese Vielfalt hat uns dabei geholfen, so schnell wie keine andere Region wieder aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Staaten wie England, das auf die Finanzbranche gesetzt und sich weitgehend von der industriellen Produktion verabschiedet hat, stecken immer noch in der Krise, während bei uns fast wieder Vollbeschäftigung herrscht. Die Politik tut gut daran, nicht irgendeinen Wirtschaftszweig einseitig zu fördern – so wie es die Grünen bei der Umwelttechnologie zu Lasten der anderen Industriezweige wollen. Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen, in denen Unternehmen sich frei entwickeln und innovativ sein können. Dies ist uns in Baden-Württemberg in den letzten Jahren hervorragend gelungen. Die FDP will diese erfolgreiche Struktur- und Wirtschaftspolitik fortsetzen, sodass sich das Potenzial unserer Region in den attraktiven Wachstumsfeldern wie Energieeffizienz, Umwelttechnologie, Gesundheitswirtschaft sowie Kreativwirtschaft selbstständig entwickeln kann. Hierzu gehören auch eine Bildungspolitik, die den Unternehmen bestens ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure zur Verfügung stellt, sowie optimale Arbeitsbedingungen vor Ort, zum Beispiel durch Angebote an Ganztagschulen und mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder.

Die globale Wirtschafts-, Finanz- und Klimakrise hat eine gemeinsame Ursache: zu wenig Nachhaltigkeit. Deshalb müssen wir die Art und Weise des Wirtschaftens überdenken. Wer die Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Weltmarkt aufmerksam beobachtet, weiß, welche Chancen für ein exportorientiertes Industrie-land wie Baden-Württemberg in den Bereichen Umwelttechnik, Ressourceneffizienz und nachhaltige Mobilität liegen. Auch im Kreis Esslingen bestehen große Potenziale für grüne Umwelttechnologien. Dieses könnten die Maschinen- und Anlagenbauer als Chance nutzen, ihre Abhängigkeit von der Automobilindustrie zu verringern. Dafür muss unter anderem die Windkraftblockade aufgehoben werden, denn Trends zu verschlafen kann sich Baden-Württemberg ökologisch und ökonomisch nicht länger leisten.

Die baden-württembergischen Autohersteller stehen vor enormen Herausforderungen und Chancen, denn sie müssen der Nachfrage entsprechend kleinere, leichtere und effizientere Autos bauen – der Markt verlangt danach. Auch könnte unsere Region eine Modellregion werden! Es liegt auf der Hand, dass wir nachhaltige Mobilität brauchen, in der sparsame Autos und guter öffentlicher Verkehr mit modernen Informationstechnologien verknüpft werden. Überdies spielt zukünftig für die wirtschaftliche Standortpolitik eine gute und ausreichende Kinderbetreuung und die bestmögliche Schulausbildung mit individueller Förderung eines jeden Einzelnen eine immer wichtigere Rolle.

Die Wirtschaft boomt, doch der Boom kommt bei den Menschen nicht an. Die prekäre Beschäftigung nimmt zu, die Armut trotz Arbeit ist bittere gesellschaftliche Realität. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss dem Lohndumping entgegenwirken. Leiharbeit muss erschwert und ganz abgeschafft werden. Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungsspflichtig sein.

Die Wirtschaft in unserer Region ist geprägt durch die Automobilindustrie und den Maschinenbau. Sie ist erdöl- und exportabhängig. Dadurch ist unsere Wirtschaft krisenanfällig. Sie muss umgebaut werden, notwendig ist ein sozialer und ökologischer Umbau der Gesellschaft. Dabei muss die Entwicklung neuer Energien gefördert werden, durch Regionalisierung müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, Einkommen und Arbeitsplätze zu generieren. Windkraft und andere regenerative Energien (Sonne, Wind, Biomasse, Geothermie, Wasserkraft) leisten bereits heute eine wichtige regionale Wertschöpfung. Sie sind auszubauen und die Atomkraftwerke sofort abzuschalten. Ökonomisch und ökologisch ist die Atomenergie nicht vertretbar. Ebenso verlangt der Verkehr der Zukunft intelligente und integrierte Verkehrskonzepte. Solche Konzepte sind mit Nachdruck zu fördern. Die Fixierung auf die Automobilindustrie ist nicht mehr zeitgemäß.

Ein ressourcenschonender ökonomischer Umbau ist Voraussetzung für eine konsequente Friedenspolitik, denn ohne eine nachhaltige und regionalisierte Energie- und Rohstoffnutzung werden militärische Auseinandersetzungen um die Ressourcen der Erde das friedliche Zusammenleben der Völker zunehmend gefährden.